

Auftreten als Abgeordnete sind sie in ihrem Wohnbereich bekannt und haben ein gutes Ansehen unter den Parteimitgliedern und der Bevölkerung. Genosse Hermann Streit, Mitarbeiter im Ministerium für Maschinenbau, unterstützt die Arbeit der WPO, indem er als Referent auftritt, an den Leitungssitzungen teilnimmt und auf Grund seiner großen Erfahrungen Hinweise gibt zur Verbesserung der politischen Arbeit.

Diese Beispiele sind jedoch noch vereinzelt, denn ein großer Teil der im Ort wohnenden Genossen arbeitet nicht mit. Die Ortsleitung in Wildau hat schon viele Wege beschritten, um mit allen im Ort wohnenden Genossen einen engeren Kontakt herzustellen. Die Wohnparteiorganisation 1 in Wildau hat des öfteren alle Genossen, die in ihrem Bereich wohnen und soweit sie bekannt sind, eingeladen, aber dieser Einladung sind nur sehr wenige Genossen gefolgt. So erschienen z. B. zur letzten Versammlung von 35 eingeladenen Genossen nur zwei. Es wurde auch mit vielen Genossen persönlich über ihre Mitarbeit gesprochen, trotzdem bleiben solche Genossen, wie z. B. Genosse Rose, Parteisekretär im Zentralen Konstruktionsbüro in Berlin, Genosse Kummetz, Mitarbeiter in einem Berliner Ministerium, und viele andere, die man noch namentlich nennen könnte, dem gesellschaftlichen Leben im Ort fern.

In Schildow, Kreis Oranienburg, ebenfalls einer Gemeinde, die unmittelbar an der Stadtgrenze von Berlin liegt, gibt es ähnliche Beispiele. Genosse Hoefer, Funktionär im Zentralvorstand der VdgB, wohnt in Schildow. Er wird bestimmt in Ausübung seiner Funktion bemüht sein, den unteren Organen der VdgB eine gute Hilfe und Anleitung zu geben, in seinem Wohnort selbst aber kümmert er sich nicht um die VdgB, gibt der Ortsleitung keine Hinweise, wie sie die Organisation der VdgB besser unterstützen könnte. Die Genossen Kolbe, Wieke, Buhl u. a., die leitende Funktionen in Berliner Betrieben und Verwaltungen bekleiden, unterstützen ebenfalls nicht die politische Arbeit im Ort. Der Ortssekretär, Genosse Lück, sagt, wenn wir einen Landsonntag durchführen, nehmen immer dieselben und nur sehr wenige daran teil, die meisten Genossen, die in den Betrieben arbeiten, stört das nicht, sie kümmern sich trotz vieler Aussprachen nicht um das politische Leben in unserem Ort.

Diese Tatsachen beweisen doch, daß viele Parteimitglieder, und darunter nicht wenige leitende Funktionäre unseres Staats- und Wirtschaftsapparats, in ihrer politischen Tätigkeit eine scharfe Trennung zwischen dem Parteileben im Betrieb und in ihren Wohngebieten machen. Natürlich ist es die Aufgabe eines jeden Parteimitgliedes, wie es im Statut unserer Partei festgelegt ist, an erster Stelle in der Parteiorganisation seine Arbeit zu leisten, der er organisatorisch angehört. Darum ist auch das Betriebsprinzip in unserer Partei richtig und für die Festigung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates von großer Bedeutung. Besagt das aber, daß diese Genossen in ihrer unmittelbaren Umgebung, dort, wo sie ihre Freizeit verleben, einkaufen, ihre Kinder zur Schule schicken usw., nicht am politischen Leben, an der Arbeit der dortigen Parteiorganisation teilnehmen sollen? Das ist nicht im Sinne unserer Partei und trägt nicht zuletzt dazu bei, daß viele ältere, kampferfahrene, der Partei treu ergebene Genossen in den Wohngebieten, die in ihrer täglichen Kleinarbeit große Aufgaben für die Partei lösen und viele Werktätige für die Mitarbeit gewinnen, die Auffassung vertreten: „Uns hilft keiner, unsere Arbeit und die in diesem Zusammenhang auf tretenden Schwierigkeiten werden nicht anerkannt; früher war es in der Partei anders, da kannte man jeden Genossen in seinem Wohngebiet, heute aber geht einer an dem anderen vor“ usw.